

## Antrag

**der Abgeordneten Alexander Weidmann, Tim Dieter, David König, Reem Ariana Anwar und der Fraktionen der Volksfront und dem Bündnis Demokratie Europa**

### **Gegen jeden sozialen Kahlschlag – Arbeit schützen, soziale Sicherheit ausbauen, Würde garantieren**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **A. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Deutschland erlebt eine wachsende soziale Spaltung. Während Gewinne, Vermögen und Kapitaleinkommen in den letzten Jahren weiter gestiegen sind, geraten immer mehr Menschen im Alltag unter Druck: steigende Mieten, hohe Preise, unsichere Arbeitsverhältnisse, sinkende Kaufkraft und ein Sozialstaat, der vielerorts nicht mehr schützt.

Gleichzeitig werden politische Konzepte vorgelegt, die diese Krise nicht lösen, sondern verschärfen: Sie propagieren längere Arbeitszeiten, die Aufweichung bewährter Arbeitsschutzregeln, steuerliche Privilegien für Mehrarbeit sowie einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme nach dem Prinzip Misstrauen, Kontrolle und Druck.

Wer in einer Zeit gesellschaftlicher Unsicherheit das Normalarbeitsverhältnis aushöhlt, das Arbeitszeitrecht entkernt und die Grundsicherung zur Disziplinierungsmaßnahme macht, handelt nicht „reformorientiert“, sondern verantwortungslos.

Ein Land wird nicht stabiler, wenn Beschäftigte noch mehr arbeiten müssen, um über die Runden zu kommen. Ein Land wird nicht gerechter, wenn Armut als individuelles Versagen behandelt wird. Und ein Sozialstaat wird nicht moderner, wenn er Menschen demütigt.

Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einer entscheidenden sozialen Frage: Soll Arbeit schützen oder auspressen? Soll der Sozialstaat Sicherheit geben oder Druck ausüben? Soll Politik die Mehrheit stärken oder die Verantwortung nach unten delegieren?

Politische Forderungen nach längeren Arbeitszeiten, steuerlichen Anreizen für Mehrarbeit und eine Entkernung des Arbeitszeitrechts sind keine Lösung für Fachkräftemangel und wirtschaftliche Herausforderungen. Sie führen zu Überlastung, steigenden Krankenständen, sinkender Lebensqualität und einer weiteren Verschärfung sozialer Ungleichheit.

Ebenso ist es sozialpolitisch falsch und demokratiegefährdend, die Grundsicherung zu einem System der Kontrolle und Stigmatisierung umzubauen. Wer Armut verwaltet, statt sie zu bekämpfen, stört das Vertrauen in den Staat.

Deutschland braucht nicht mehr Druck auf Beschäftigte und Erwerbslose. Deutschland braucht bessere Löhne, stärkere Arbeitnehmerrechte, mehr Tarifbindung und einen Sozialstaat, der schützt statt zu strafen.

Der Deutsche Bundestag ist aufgefordert, jedem sozialen Kahlschlag entschlossen entgegenzutreten.

**B. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:**

- I. Schluss mit der politischen Normalisierung von Mehrarbeit
  1. Die gesetzlichen Regelungen zum Arbeitszeit- und Gesundheitsschutz, insbesondere die tägliche Höchstarbeitszeit, verbindliche Ruhezeiten und Schutzvorschriften, nicht zu locker oder durch wöchentliche "Flexibilisierung" zu entkernen;
  2. Keine gesetzliche oder steuerliche Politik zu betreiben, die faktisch eine Verlängerung der Vollzeitarbeit zum Normalfall macht;
  3. Sicherzustellen, dass der Schutz vor Überarbeitung, Arbeitsverdichtung und gesundheitlichen Folgeschäden nicht dem "freien Spiel" von Arbeitsmarkt und Betriebsrealität überlassen wird;
  4. Die Mitbestimmung von Betriebsräten zu stärken und Umgehungen von Arbeitszeitregelungen konsequent zu sanktionieren.

## II. Leistung fair bezahlen – statt Überstunden zu belohnen

1. Steuerliche Sonderprivilegien für Überstunden, Zuschläge und Mehrarbeit nicht einzuführen;
2. Stattdessen die Löhne im unteren und mittleren Bereich deutlich zu stärken, insbesondere durch eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf ein existenzsicherndes Niveau (damit auch die Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie), die Stärkung der Tarifbindung und die Durchsetzung von Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen;
3. Die strukturelle Niedriglohnstrategie der letzten Jahrzehnte zu beenden und Arbeit wieder zu einem Garanten für soziale Sicherheit zu machen

## III. Tarifbindung und Arbeitnehmerrechte stärken – statt Arbeitsrecht zu entgrenzen

1. Ein Tariftreuegesetz auf Bundesebene vorzulegen, das öffentliche Aufträge konsequent an tarifliche Bezahlung bindet;
2. Die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen zu erleichtern;
3. Leiharbeit, sachgrundlose Befristung und Werkvertragsmissbrauch wirksam einzudämmen;
4. Den Kündigungsschutz zu verteidigen und Umgehungsmodelle im Bereich prekärer Beschäftigung zu bekämpfen

## IV. Grundsicherung würdevoll gestalten – keine Demütigungspolitik

1. Jede Verschärfung von Mitwirkungspflichten, Sanktionen oder Kontrollmaßnahmen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende auszuschließen;
2. Keine diskriminierenden Sonderinstrumente wie Bezahlkarten, Einschränkungen der freien Verfügung über Leistungen oder vergleichbare Maßnahmen einzuführen;
3. Die Grundsicherung so auszugestalten, dass sie Armut wirksam verhindert und soziale Teilhabe ermöglicht;
4. Die Regelsätze an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten anzupassen und automatisch dynamisch fortzuschreiben
5. Eine Sozialpolitik zu betreiben, die Menschen stärkt, statt sie zu überwachen.

## V. Qualifizierung statt Druck

1. Den Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik auf Qualifizierung, Weiterbildung und Umschulung zu legen, statt auf Sanktionen und Zwang;
2. Den Zugang zu Weiterbildung und beruflicher Neuorientierung zu entbürokratisieren und auszubauen;
3. Öffentlich geförderte Beschäftigung und kommunale Beschäftigungsprogramme zu stärken, insbesondere in strukturschwachen Regionen.

## VI. Reichtum stärker heranziehen, statt Arbeit zu belasten

1. Die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme durch eine gerechte Verteilung der Lasten sicherzustellen;
2. Hohe Vermögen, große Erbschaften und sehr hohe Kapitaleinkommen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen;
3. Steuervermeidung, Schlupflöcher und Umgehungsmodelle konsequent zu bekämpfen.

Berlin, den 17. Februar 2026

**Tim Dieter, Reem Ariana Anwar und Fraktionen**